**WI Kurier 28.03.2018**

Jutta Schwiddessen

**Wegen Bauarbeiten leitet die Bahn etliche Züge durch den Rheingau um**

BI dokumentiert Belastung

RHEINGAU - Durch den vom Zuglärm geplagten Rheingau rattern dieser Tage noch mehr Züge als sonst. Wegen Bauarbeiten ist die linksrheinische Bahnstrecke zwischen Koblenz und Mainz vom 16. März bis zum 9. April nur eingleisig befahrbar, teilweise sind sogar beide Gleise gesperrt – und die Umleitung vieler Züge, auch ICEs, läuft rechtsrheinisch durch den Rheingau.

*Die Umleitung linksrheinischen Zugverkehrs durch den Rheingau sorgt zurzeit für noch mehr Lärmbelastung der Anlieger*

„Die Bahn zeigt dem Rheingau gerade, wie viel zusätzlicher Güterverkehr und damit zusätzliche Belastung auf Dauer möglich ist“, sagt Wolfgang Schneider, stellvertretender Vorsitzender der BI gegen Umweltschäden durch die Bahn. Der Oestrich-Winkeler wird immer wieder „auf das Problem angesprochen“, denn abgesehen von zusätzlichem Lärm „fahren die Züge auch in so dichter Folge, dass die Bahnschranken sehr lange geschlossen sind, manchmal nur noch für Sekunden öffnen“, sagt er. Auffällig längere Autostaus an besonders neuralgischen Bahnübergängen wie Rüdesheim registriert die Polizei vor Ort zwar nicht, doch Anlieger haben per Video dokumentiert, dass die Schranken weit häufiger als sonst geschlossen sind.

Auch Güterzüge rollen nun zusätzlich durch den Rheingau

Neben Personenzügen, so Schneider, werden zur Zeit auch viele Güterzüge auf die rechte Rheinstrecke umgeleitet: „Jetzt wird deutlich, welche weitere Kapazitätssteigerung an Zugverkehr technisch noch machbar ist, während bei den Anwohnern schon längst die Belastungsgrenze an Lärm und Erschütterungen überschritten ist.“

„Bis zu 70 zusätzliche Züge muss die 160 Jahre alte Strecke durch das Mittelrheintal künftig verkraften“, rechnet BI-Vorsitzender Willi Pusch, und damit sei man pro Tag bei fast 500 Zügen rechts und links des Rheins. Auch wenn die befürchtete Steigerung der Zugzahl von der Bahn anders gesehen werde, so bleibe es bei einer Zunahme der Lärmbelastung, weil die Züge stattdessen länger und schwerer würden. Und dennoch, so Schneider, „wollen Bund und Bahn bis zum Herbst alleine unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden, ob eine Ausweichtrasse abseits des engen Mittelrheintals in Planung geht oder nicht“.

Andere Länder, so Pusch, hätten ihre vertraglich vereinbarten Hausaufgaben gemacht und im Vorfeld der Eröffnung des Gotthard-Tunnels, der eine enorme Erhöhung des Güterverkehrs zur Folge habe, Umleitungsstrecken gebaut, nur Deutschland nicht.

Bahnlärm-Mahnwache am 12. April in Bingen

Die Alternativstrecke wird auch eine Forderung der Teilnehmer der Bahnlärm-Mahnwache sein, die vor jeder Sitzung des Projektbeirats „Leiseres Mittelrheintal“ stattfindet. Die Mitglieder des Beirats – Vertreter von Bürgerinitiativen, des Bundesverkehrsministeriums und der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie Vertreter der Bahn, darunter auch Bahnchef Richard Lutz und der Lärmbeauftragte der Bahn Andreas Gehlhaar, treffen sich am Donnerstag, 12. April, 14 Uhr, diesmal in der Burg Klopp in Bingen.

Wie kürzlich berichtet, hatte Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier der Rheingauer CDU-Landtagsabgeordneten Petra Müller-Klepper mitgeteilt, dass er ihre Einschätzung teile, dass eine Alternativtrasse dringend erforderlich sei. Er hat laut Müller-Klepper aber auch gesagt, dass die Einstufung für den vordringlichen Bedarf ausschließlich vom Ergebnis der noch andauernden, recht aufwendigen und zeitintensiven Untersuchungen und Bewertungen abhängt. Laut Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) wird es in den nächsten Monaten ein Treffen der Expertengruppe geben, die auf Initiative der Landesregierung zur fachlichen Begleitung des Bewertungsverfahrens eingesetzt worden sei.

INFO

Die Bürgerinitiative gegen Umweltschäden durch die Bahn e.V. bittet Bahnanlieger, die sich durch den zusätzlichen rechtsrheinischen Zugverkehr während der Baumaßnahmen zwischen Koblenz und Mainz gestört fühlen, um kurze Mitteilung unter E-Mail: rowos10@gmail.com. Sie will die Beschwerden an die zuständigen Stellen weiterleiten.